

# Alles Schöne geht einmal zu Ende. Auch die PDS?

Von: Benjamin-Immanuel Hoff

## Einleitung

Das Theoriemagazin „Perspektive 21“ der SPD im Bundesland Brandenburg hat den inhaltlichen Schwerpunkt seiner jüngsten Ausgabe überschrieben mit „Ende der Nachwendezeit. PDS am Ende?“.<sup>1</sup> Bezugspunkt war die erste Regierungserklärung des neuen brandenburgischen Ministerpräsidenten Platzeck (SPD), in der erklärt wurde „Zwölf Jahre nach der Wiedergründung des Landes Brandenburg ist die Nachwendezeit abgelaufen. Die Zeit ist zu Ende, die gekennzeichnet war durch den dramatischen Umbruch des Jahres 1989 und seine Folgen“. Wie um die Richtigkeit dieser Aussage zu bestätigen, erlitt die PDS bei den Bundestagswahlen am 22. September 2002 eine für ihr Projekt „Bundesweite Ausdehnung“ verheerende Niederlage. Sie ist seitdem nur noch mit 2 Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten. Das Wahlergebnis war hausgemacht und bestand in mangelnder politisch-programmatischer Profilierung. Angesichts eines extrem personalisierten Wahlkampfes und der Frage „Stoiber oder Schröder?“ haben die WählerInnen den Gebrauchswert der PDS durch die Stimmabgabe für rot-grün entschieden.

Im vorliegenden Beitrag werden in einem ersten Schritt die Ursachen für das Scheitern der PDS bei der vergangenen Bundestagswahl bilanziert um anschließend die derzeitige politische Aufstellung der Partei im Hinblick auf die Frage zu analysieren, unter welchen Voraussetzungen die PDS politischen Einfluss halten bzw. wiedergewinnen kann.

## Niederlagen sind die unangenehmen Schattenseiten des Erfolgs

Die PDS hat am 22. September 2002 insgesamt rund 600.000 Zweitstimmen und rund 340.000 Erststimmen gegenüber der Bundestagswahl 1998 verloren. Symptomatisch für ihr Abschneiden ist, dass sie selbst dort verlor, wo sie gewonnen hatte. Denn die Berliner Direktwahlkreise 86 und 87 sind zwar die einzigen gewonnenen Wahlkreise – die zumindest den Einzug von zwei Abgeordneten in den Bundestag gewährleisten – aber auch dort hat es im neuen Wahlkreiszuschnitt Verluste gegeben: Im Wahlkreis 86 wurden –20.600 Stimmen und im Wahlkreis 87 –11.000 Stimmen für die PDS abgegeben.

**Tab. 1 Gewinn/Verlust im Vergleich zur Bundestagswahl 1998**

| Land      | Bundestagswahl 2002 |      |              |      | Bundestagswahl 1998 |      |              |      | Differenz   |      |              |      |
|-----------|---------------------|------|--------------|------|---------------------|------|--------------|------|-------------|------|--------------|------|
|           | Erststimmen         |      | Zweitstimmen |      | Erststimmen         |      | Zweitstimmen |      | Erststimmen |      | Zweitstimmen |      |
|           | absolut             | %    | absolut      | %    | absolut             | %    | absolut      | %    | absolut     | %    | absolut      | %    |
| SWH       | 20.968              | 1,2  | 22.573       | 1,3  | 17.199              | 1,0  | 25.470       | 1,5  | 3.700       | 0,2  | -3.000       | -0,2 |
| Hamburg   | 15.326              | 1,6  | 20.224       | 2,1  | 7.057               | 0,7  | 22.603       | 2,3  | 8.300       | 0,9  | -2.400       | -0,2 |
| Bremen    | 7.109               | 1,9  | 8.556        | 2,3  | 8.354               | 2,1  | 9.815        | 2,4  | -2.700      | -0,2 | -1.200       | -0,2 |
| Nieders.  | 50.047              | 1,0  | 50.416       | 1,0  | 47.237              | 1,0  | 50.068       | 1,0  | 2.800       | 0,1  | 400          | +/-0 |
| Hessen    | 43.381              | 1,3  | 45.852       | 1,3  | 41.700              | 1,2  | 52.216       | 1,5  | 1.700       | 0,1  | -6.500       | -0,1 |
| NRW       | 118.380             | 1,1  | 125.500      | 1,2  | 81.199              | 0,7  | 131.550      | 1,2  | 37.200      | 0,4  | -6.000       | +/-0 |
| RIP       | 20.413              | 0,9  | 24.036       | 1,0  | 6.925               | 0,3  | 25.083       | 1,0  | 13.500      | 0,6  | -1.000       | +/-0 |
| BaWü      | 51.433              | 0,9  | 56.125       | 0,9  | 36.075              | 0,6  | 58.013       | 1,0  | 15.350      | 0,3  | -2.000       | +/-0 |
| Bayern    | 44.300              | 0,6  | 49.559       | 0,7  | 22.599              | 0,3  | 46.301       | 0,7  | 21.700      | 0,3  | -3.200       | +/-0 |
| Saarland  | 7.333               | 1,1  | 8.987        | 1,4  | 3.417               | 0,5  | 7.087        | 1,0  | -200        | 0,6  | 1.800        | 0,4  |
| Berlin    | 269.888             | 14,5 | 212.436      | 11,4 | 325.830             | 16,7 | 263.337      | 13,4 | -55.900     | -2,2 | -51.000      | -2,1 |
| Brandenb. | 313.791             | 20,6 | 263.158      | 17,2 | 324.723             | 21,1 | 313.090      | 20,3 | -10.900     | -0,5 | -50.000      | -3,1 |
| MVP       | 159.303             | 16,4 | 158.913      | 16,3 | 268.362             | 24,8 | 257.464      | 23,6 | -109.000    | -8,4 | -98.400      | -7,1 |
| Sachs.-An | 224.919             | 15,8 | 205.742      | 14,4 | 326.008             | 20,1 | 337.393      | 20,7 | -102.000    | -4,3 | -122.000     | -6,3 |
| Sachsen   | 456.387             | 17,7 | 417.856      | 16,2 | 567.154             | 19,7 | 577.764      | 20,0 | -110.800    | -2,0 | -160.000     | -3,8 |
| Thüringen | 275.077             | 19,0 | 245.864      | 17,0 | 332.942             | 21,0 | 338.200      | 21,2 | -57.800     | -1,9 | -92.000      | -4,3 |
| Bund      | 2.078.055           | 4,3  | 1.915.797    | 4,0  | 2.416.718           | 4,9  | 2.515.454    | 5,1  | -338.600    | -0,6 | -600.000     | -1,1 |

(SWH = Schleswig-Holstein; NRW = Nordrhein-Westfalen; RIP = Rheinland-Pfalz; MVP = Mecklenburg-Vorpommern)

Im Anschluss an den Münsteraner Parteitag der PDS im Jahr 2000 formulierte das Vorstandsmitglied der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung Michael Brie, dass die Bundestagswahl 1998 einen offensichtlichen Wendepunkt in der Geschichte der PDS verkörpere. „Zum einen zog sie mit 5,1 Prozent in den Bundestag und wurde somit formal aufgenommen in den kleinen Klub der ‚etablierten‘ Parteien. Die Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern wäre im gleichen Zusammenhang zu nennen. In einer Reihe Kommunen in den alten Bundesländern konnte sie erste Wahlerfolge erreichen. Es ist ihr gelungen, eine verstärkte Akzeptanz in der Gesellschaft zu erreichen. Zum anderen wird genau durch die Entwicklung die Frage gestellt, ob die PDS tatsächlich über jene Potenziale verfügt, um dem eigenen Erfolg glaubhaft zu entsprechen und dabei zugleich ihre Identität als sozialistische

<sup>1</sup> SPD-Brandenburg (Hrsg.), Ende der Nachwendezeit. PDS am Ende?, Perspektive 21 – Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik, Heft 17/2002

*Partei zu behaupten weiß*“.<sup>2</sup> Die Bundestagswahl 2002 hat gezeigt, dass die Erfolgsgeschichte der PDS seit 1990 nicht unendlich ist, dass Niederlagen die unangenehme Schattenseite des Erfolges sind.

### **Fehlender strategischer und inhaltlicher Gebrauchswert**

Das schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl hat durchaus mit der spezifischen Struktur des Bundestagswahlkampfes und der gegen die PDS gerichteten Großwetterlage zu tun. Es ist aber in relevantem Maße hausgemacht und dieses Problem lässt sich mit fehlendem „Gebrauchswert“ der PDS umschreiben. Darüber hinaus lassen sich aus dem 2002er Wahlergebnis Trends für die Entwicklung der WählerInnenstrukturen der PDS und der Parteienentwicklung in Ostdeutschland ablesen, die bei letzterem quer zu den vorangegangenen Wahlanalysen liegen.

Als Erklärungshintergrund für das Ergebnis in der PDS wird häufig der »Zwei-Lager-Wahlkampf« zuungunsten der PDS angeführt. So gefasst werden aber Ursache und Wirkung verfehlt.

Es ist in der Tat festzustellen, dass der Zwei-Lager-Wahlkampf angesichts der knappen Umfragewerte für die PDS große Probleme brachte. Wie auch in den beiden vergangenen Bundestagswahlen war die Opposition mit einem großen Vorsprung in den Umfragewerten in den Wahlkampf gestartet. 1994 gelang Helmut Kohl in letzter Minute der Umschwung und die Wiederherstellung der Amtshierarchie zwischen Amtsinhaber und dem Herausforderer Scharping. Bei der darauffolgenden Wahl 1998 schrumpfte zwar der Unterschied zwischen Kohl und Schröder von 40 Prozentpunkten Differenz im April 1998 auf 11 Prozentpunkte im September, doch einzuholen war Schröder damals nicht mehr – die Wechselstimmung war zu groß.

Die PDS konnte sich 1998 als Teil der Wechselstimmung präsentieren. Mit dem in Rostock abgehaltenen Bundesparteitag und mit Blick auf die gleichzeitig zur Bundestagswahl stattfindenden Landtagswahlen Mecklenburg-Vorpommern, die einen Koalitionseintritt erwarten ließen, entsprach die PDS dem Trend zu neuen Mehrheiten und wurde auch durch eigenes Agieren in den rot-grünen Reformblock subsummiert. Im Wahlkampf bot die PDS ohne erhebliche innerparteiliche Diskussion an, einer ersten rot-grünen Bundesregierung mit PDS-Stimmen zur Mehrheit zu verhelfen. Das Schröder und Fischer dieses Angebot regelmäßig ablehnten und die CDU seit der Tolerierung in Magdeburg davor warnte, tat nichts zur Sache – die WählerInnen akzeptierten dies.

In diesem Jahr konnte sich die PDS nicht annähernd so authentisch als Sicherung von Reformpolitik präsentieren. Um dies zu verstehen, ist es notwendig das politische Koordinatensystem der diesjährigen Bundestagswahl zu betrachten:

Die X-Achse: Es gab einen Lagerwahlkampf, den vor allem die SPD wünschte und den Stoiber so weit wie möglich vermeiden wollte und den die Medien bedienten. Es gibt zwei Lager – nicht mehr, nicht weniger. Der Wunsch der PDS ein drittes Lager zu bilden konnte in dieser Situation nicht wirksam werden. Statt dessen war zu akzeptieren, dass alle Parteien in der Vielfalt ihrer Optionen bei einem Lagerwahlkampf eingeschränkt sind und sich diesem oder jenem Lager zuschlagen müssen. Über Wochen gab es jedoch in der Öffentlichkeit und in der PDS selbst Verunsicherung über die Frage ob die PDS einer Regierung Schröder/Fischer zur Mehrheit verhelfen würde. Der Gebrauchswert der PDS bestimmt sich demnach künftig nicht mehr in erster Linie danach, welche politisch-atmosphärischen, symbolischen Zeichen man mit ihrer Wahl setzen kann – sondern was sie real an Einfluss im konkreten Interesse der Wählerinnen und Wähler ausübt, ausüben kann, ausüben will.

Die Y-Achse: Dementsprechend lautete die zentrale politische Frage: Bleibt diese Regierung – oder kommt eine andere Regierung? Wer die beste Oppositionsarbeit macht, war nicht – und je kleiner die Stimmenunterschiede zwischen den Lagern wurden – noch viel weniger gefragt. Das von der PDS bislang beanspruchte Sonderstellungsmerkmal: Einzige Opposition von links und originäre Ostpartei mit der Legitimation der authentischen Vertretung von Interessen und Biographien zu sein<sup>3</sup> trat vor diesem Hintergrund möglicherweise in den Hintergrund.

Die Z-Achse: Inhaltlich dominierte eine zentrale Themenkonkurrenz: Sozialstaat und Solidarität (Rot-Grün) vs. »rote Laterne« bei Wirtschaft und Beschäftigung (Schwarz-Gelb), die um die Frage „Wie hältst du es mit einem Krieg im Irak“ erweitert wurde. Die mit dieser Konstellation verbundenen Probleme hat Dietmar Wittich knapp zusammengefasst: „Die PDS konnte in den letzten Wochen vor denn Wahlen nur eine geringe mediale Präsenz erreichen. Die Großwetterlage war nicht PDS-freundlich. Auf zwei Dinge ist in diesem Zusammenhang kurz zu verweisen. Zum einen war das Hochwasser. Es hat bewirkt, dass der Wert Solidarität – vor allem im Osten – in seiner Bedeutsamkeit hautnah empfunden wurde. Aber diese Aufwertung von Solidarität war zugleich etatistisch und kam somit vor allem der SPD zu Gute. Zum anderen ist es den Regierungsparteien gelungen, das Krieg-Frieden-Thema wirkungsvoll zu paralysieren. Indem sich SPD und Grüne gegen einen Krieg gegen den Irak positionierten, haben sie erfolgreich ein Alleinstellungsmerkmal der PDS relativiert, die einzige Partei zu sein, die sich gegen Krieg und Kriegseinsätze stellt. So gaben sie vor allem jenen Teilen ihrer Anhängerschaft, die schon abge-

<sup>2</sup> Michael Brie, Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität, in: ders./Rudolf Woderich, Die PDS im Parteiensystem, Berlin 2001, S. 14

<sup>3</sup> Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann, Die Bundestagswahlanalyse 1998: Wahl des Wechsels, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/1999, S. 230

*sprungen schienen, als Beruhigungsspiel das Gefühl, nun doch wieder die gewohnte Partei wählen zu können. Zuwanderungen zur PDS blieben weitgehend aus<sup>4</sup>.*

Weitgehende Übereinstimmung in allen Strukturen der Partei gibt es über die erhebliche Wirkung des Rücktritts der PDS-Symbolfigur Gregor Gysi von seiner Funktion als Minister für Wirtschaft, Arbeit und Frauen der rot-roten Landesregierung in der Bundeshauptstadt in der Hochphase des Wahlkampfes für das PDS-Wahlergebnis. Ursache des Rücktritts war die private Nutzung von dienstlichen Bonusmeilen in seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter. Dieses Thema hatte die mediale Sommerpause im Vorfeld der Hochwasserkatastrophe dominiert und einem grünen MdB seine sichere Anwartschaft auf ein Bundestagsmandat gekostet. Gysi selbst stellte am Wahlabend erstaunt fest, dass Persönlichkeiten in einem extrem personalisierten Wahlkampf gegenüber Programmen und Losungen entscheidende Rollen wahrnehmen. Dieser späte Erkenntnisprozess mochte ehrlich sein, die Problemlage liegt gleichwohl tiefer und kann anhand von drei Punkten konkretisiert werden:

- 1.) Gregor Gysi galt als Person in den Augen vieler im Lande als ein anderer Typ von Politiker. Individuelles Fehlverhalten in Fragen Macht und Privilegien hat Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit von Alternativen überhaupt.
- 2.) Aber – und das ist wohl entscheidend – Gregor Gysi war nicht nur das Symbol seiner selbst, er war mangels inhaltlicher Auffüllung dessen, wofür PDS heute positiv steht, zugleich als Person das Symbol für ein modernes sozialistisches Projekt. Das ist nicht allein das Problem Gysis, sondern das Problem der PDS generell.<sup>5</sup>
- 3.) Der Rücktritt von Gysi als Senator und Bürgermeister von Berlin bestätigte in der Öffentlichkeit zum einen die Annahme, dass er an diesem Job nie wirklich Interesse gehabt und die beste Möglichkeit zum Absprung genutzt habe. Zum anderen stellte sie die durch Gysi repräsentierte Modernisierung der Stadt und kommunikative sowie leitbildorientierte Alternative zum Sparkurs des Senats gegenüber den WählerInnen in Frage.

Neben dem oben dargestellten strategischen Gebrauchswert der PDS (siehe X-Achse) ist der PDS mit dem Gysi-Rücktritt folglich ihr mangelnder inhaltlicher Gebrauchswert auf die Füße gefallen. Die PDS ist ohne Gysi authentischer doch nur im Hinblick auf ihre programmatisch-inhaltlichen Defizite.

## Neue Machtverteilung in Ostdeutschland?

Bei den Wahlen 1998 gelang der PDS, so die Arbeitsgruppe Wahlen an der Universität Freiburg, vor allem Zuwächse in den ostdeutschen Hochburgen der CDU. *„Darüber hinaus profitierte sie von einer hohen Wahlbeteiligung. Dem stehen allerdings Verluste in den eigenen Hochburgen, den Verwaltungs- und Dienstleistungsstädten, gegenüber. So verlor die PDS etwa in den Ostberliner Wahlkreisen trotz gewonnener Direktmandate bis zu 5 Prozentpunkte der Zweitstimmen. In wirtschaftlich aufstrebenden Regionen hat die Partei ihr Potential inzwischen weitgehend ausgeschöpft.“*<sup>6</sup>

Es zeigt sich, dass bei der Bundestagswahl 2002 die genannten Trends verstetigt wurden. Die PDS verliert nach und nach ihre Hochburgen und spricht nur unzureichend neue WählerInnengruppen an. Nach Wittich dürfte für die PDS entscheidend gewesen sein, dass wenige Tage vor den Wahlen 16 bis 18 Prozent der Wahlberechtigten über ihre Wahlentscheidung noch unentschieden waren. *„Von deren Entscheidung hing alles ab. Zwei Drittel von ihnen sind schließlich der Wahl fern geblieben, ein Drittel hat sich kurzfristig für eine Partei entschieden, die PDS war dabei kaum im Kalkül.“*<sup>7</sup>

Aus den vorliegenden Analysen lassen sich einige Trends für die PDS und die Parteienentwicklung in Ostdeutschland ableiten:

- 1.) Die PDS hat erstmals mehr Wählerinnen und Wähler an die Gruppe der NichtwählerInnen verloren als sie aus dieser Gruppe gewonnen hat (Vgl. Tab. 2). Die Wahlbeteiligung lag bei 79 Prozent (1998: 82 Prozent). Dort, wo die PDS am meisten verloren hat, ist auch die Wahlbeteiligung besonders niedrig, zum Beispiel im Land Mecklenburg-Vorpommern bei 71 Prozent und in Sachsen-Anhalt gar bei 68 Prozent.<sup>8</sup> Das lässt auf eine abnehmende Mobilisierung schließen, die sich von 1998 insofern unterscheidet, als die PDS dort von einer hohen Bereitschaft zum Politikwechsel profitierte.

**Tab. 2 WählerInnenwanderung – in Tausend -**

| Partei  | Saldo  | Abwanderung (-)/Zuwachs |         |      |           |     |          |            |
|---------|--------|-------------------------|---------|------|-----------|-----|----------|------------|
|         |        | SPD                     | CDU/CSU | FDP  | B90/Grüne | PDS | Sonstige | Nichtwähl. |
| SPD     | -2.050 |                         | -1250   | -370 | -500      | 290 | 100      | -320       |
| CDU/CSU | 1.650  | 1250                    |         | 40   | +/-0      | 50  | 300      | +10        |

<sup>4</sup> Dietmar Wittich, Ein langer Abschied. Defizite in Programmatik und Vermittlung von linkssozialistischer Politik sind der PDS auf die Füße gefallen, in: Neues Deutschland vom 25.09.2002, S. 3

<sup>5</sup> Wittich, (FN 4), ebd.

<sup>6</sup> Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith, Der Befreiungsschlag. Eine Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998, in: Frankfurter Rundschau Nr. 229, 2./3.10.1998, S. 12

<sup>7</sup> Wittich, (FN 4), ebd.

<sup>8</sup> Wittich, (FN 4), ebd.

|           |      |      |      |     |     |     |     |      |
|-----------|------|------|------|-----|-----|-----|-----|------|
| FDP       | 370  | 370  | -40  |     | -50 | 20  | 100 | -30  |
| B90/Grüne | 490  | 500  | +/-0 | 50  |     | -10 | 60  | -110 |
| PDS       | -630 | -290 | -50  | -20 | 10  |     | 20  | -300 |

Diese Angaben beruhen auf einer Analyse des Instituts Infratest dimap für die ARD und repräsentiert nicht den endgültigen Stand. Aus diesem Grunde sind hier entgegen des vorläufigen amtlichen Endergebnisses ca. 630.000 verlorene Stimmen bei der PDS angegeben. Es sind jedoch nur ca. 600.000. Wie sich die 30.000 Stimmendifferenz verteilt kann nur vermutet werden. Quelle: Spiegel-Sonderausgabe zur Wahl 2002, S. 42

- 2.) Die PDS verlor insbesondere in ihren Hochburgen, die in der Regel die Verwaltungszentren der damaligen DDR abbildeten. Dies kann bedeuten, dass sich „die ehemalige Dienstklasse der DDR, ihr Nachwuchs und ihr Umfeld<sup>9</sup>“, die bislang einen zentralen Sockel der PDS-Mitgliedschaft und WählerInnenbasis der PDS stellten<sup>10</sup> sich von der PDS abwenden bzw. auch zahlenmäßig kleiner werden. Die PDS verliert also in der Kernsubstanz ihrer Wählerschaft. Das Umfeld der Nachfolgepartei bricht damit weg, und das wahrscheinlich endgültig. Die Gewinnung neuer Gruppen, die hier einen zahlenmäßigen Ausgleich darstellen, die der PDS bei den Wahlen 1998/1999 sowie 2001 sehr gut gelungen war, ist jedoch zu fragil um hier ausgleichend zu wirken. Entsprechenden Annahmen eines stabilen Zweitstimmenanteils der PDS von rund 20%<sup>11</sup> in Ostdeutschland müssen demnach – vorläufig? – nach unten korrigiert werden.
- 3.) Die PDS hat flächendeckend verloren, also auch dort wo sie an Regierungen beteiligt ist. Daraus zu schlussfolgern, dass die Regierungsbeteiligung der PDS schadet, wäre eine ungedeckte Annahme. Daraus folgt eine wichtige Erkenntnis: Aus Analysen ist bekannt, dass eine Mehrheit in der Wählerschaft der PDS wünscht, dass die PDS sich an Regierungen beteiligt, wenn sich die Chance dazu bietet. Vor der Wahl ist damit die Erwartung verknüpft, die PDS möge Schlimmeres verhüten. Nach der Wahl findet ein Perspektivenwechsel statt, nun wird erwartet, dass die PDS für die blühenden Landschaften sorgt, die Helmut Kohl einst versprochen hat. Gelingt ihr dies nicht, so trifft sie die Enttäuschung der im Vergleich zu Westdeutschland enorm großen Zahl an Wechselwähler in Ostdeutschland.
- 4.) Der PDS ist es im Unterschied zu vorangegangenen Wahlen nicht gelungen, ihr gutes Abschneiden bei den Erstwählerinnen und Erstwählern zu wiederholen (Vgl. Tab. 3). Sie schnitt am 22. September 2002 bei allen WählerInnengruppen gleich ab und stellt damit einen Sonderfall bei den Parteien dar. Sie hat in den Altersgruppen zwischen 18 und 44 Jahren jeweils zwei Prozentpunkte und in den weiteren Altersgruppen jeweils einen Prozentpunkt verloren. Die FDP konnte aus zu analysierenden Gründen, bei den 18- bis 29-jährigen im Verhältnis zu ihrem Resultat bei den anderen Altersgruppen die höchste Zustimmung erringen und sich hier um 3 Prozentpunkte steigern. Doch auch die Grünen konnten hier zwei Prozentpunkte zulegen.

<sup>9</sup> Wittich, (FN 4), ebd.

<sup>10</sup> Vgl. PDS-Parteivorstand (Hrsg.), Die Mitgliedschaft, der große Lümmel. Studie zur Mitgliederbefragung 2000 der PDS, in: Pressedienst der PDS, Berlin 2001, S. 29f.

<sup>11</sup> Feist/Hoffmann, (FN 3), S. 239

**Tab. 3 Wahlentscheidung in den Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2002**

| Partei/Altersgruppe | SPD  | CDU/CSU | Grüne | FDP  | PDS |
|---------------------|------|---------|-------|------|-----|
| 18-29 Jahre         | 38 % | 33 %    | 10 %  | 10 % | 4 % |
| 30-44 Jahre         | 40 % | 34 %    | 11 %  | 8 %  | 4 % |
| 45-59 Jahre         | 38 % | 40 %    | 9 %   | 7 %  | 4 % |
| 60 und älter        | 38 % | 45 %    | 5 %   | 6 %  | 4 % |

- 5.) Der PDS ist es auch bei der vierten Bundestagswahl in Folge nicht gelungen, in relevantem Maße neue Wählerinnen- und Wählerschichten in den alten Bundesländern anzusprechen. Alle Zweitstimmen der westlichen Bundesländer zusammengenommen erreichte die PDS rund 412.000 Stimmen. Dies liegt immer noch 160.000 Stimmen unter denen in Ostdeutschland verlorenen Stimmen.
- 6.) Die Annahme, dass sich im Osten Deutschlands seit 1990 ein stabiles Dreiparteiensystem herausgebildet hat, muss möglicherweise korrigiert werden. Bislang haben SPD, CDU und PDS zusammen weit über 80% der Stimmen gebunden. Bündnis 90/Die Grünen und die FDP fanden in den neuen Bundesländern hingegen kaum politische Relevanz. Es zeigte sich jedoch, dass die FDP in den neuen Ländern enorm zugelegt hat. Zwar scheiterte sie bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern mit 4,7% an der 5%-Hürde, doch wäre sie bezogen auf die Bundestagszweitstimmen mit 5,4% sicher im Landtag gewesen. In ihrer Hochburg Sachsen-Anhalt steigerte sich die FDP bei den Bundestagszweitstimmen um 3,9% und wäre auch hier mit 7,0% sicher im Landtag vertreten gewesen – wiewohl sie ihr überragendes Stimmresultat der vergangenen Landtagswahl nicht erreicht hätte. Dies ist jedoch eher der Schwäche der CDU und daraus folgendem taktischen Wahlverhalten zuzurechnen.
- 7.) Lag die PDS 1998 besonders in den nördlichen Ländern Ostdeutschlands häufig nur wenige Prozentpunkte hinter der Union, hat sich dieser Abstand wieder vergrößert. Die PDS ist zweifellos eine im Osten etablierte Regional- und Milieupartei, doch haben sich Risse im Wählerfundament der PDS seit 1998 vergrößert. Es ist zu fragen, wie die Annahme der Arbeitsgruppe Wahlen, das „die Tendenz zur Angleichung des Wählerverhaltens in Ost und West und eine Hinwendung der großen Parteien zur sozialen Frage [die PDS] auf mittlere Sicht überflüssig machen kann“<sup>12</sup> abgewendet wird.

### Die Krise der PDS als eine Krise des Reformflügels

Seit dem Wahltag befindet sich die PDS auch öffentlich wahrnehmbar in einer Krise – parteiintern begann die Krise bereits lange vor den Bundestagswahlen. Die Krise der PDS ist eine Krise ihrer Politikform, ihrer politischen Debatte und ihrer politischen Führung. Die in Folge der Bundestagswahl einsetzende Diskussion über die Ursachen der Bundestagswahlniederlage und die Krise der PDS wurde zwangsläufig erheblich beeinflusst vom nur wenige Wochen nach der Bundestagswahl stattfindenden PDS-Bundesparteitages und der dort anstehenden Entscheidungen über die neue Parteispitze. Diese Entscheidungen würden, so war bereits kurz nach der Bundestagswahl absehbar, auf eine harte Konfrontation zwischen dem brüchig gewordenen Reformflügel hinauslaufen, sofern nicht eine Person gefunden würde, die in der Lage und willens wäre, die Reformflügel wieder zusammenzuführen und zumindest ein fragiles Zweckbündnis herzustellen. Dass dies auf dem PDS-Parteitag in Gera nicht gelungen ist, sondern sich der Parteitag vielmehr wahrnehmbar gegen die Politik der PDS in den Ländern in denen sie Regierungsverantwortung trägt aussprach, weist zum einen auf einen tiefliegenden Konflikt im Reformflügel und zum anderen auf eine grundsätzliche Weichenstellung der PDS-Entwicklung hin.

Den nachfolgenden Ausführungen liegen zwei Annahmen zugrunde:

1. Der Bruch im PDS-Reformflügel zeichnete sich bereits seit mindestens zwei, drei Jahren ab und kann mit Michael Chrapa beschrieben werden als Bruch zwischen „Kompetenzorientierten Modernisierern“, die auf größere parlamentarische Einflussmöglichkeiten orientieren und „Bewegungs- und wertorientierten Modernisierern“, die eine verstärkte zivilgesellschaftlich-außerparlamentarische Ausrichtung der PDS anstreben.<sup>13</sup> Dieser Konflikt wurde nicht hinreichend bis überhaupt nicht thematisiert. Er muss jedoch bearbeitet werden, um eine Revitalisierung des Reformflügels zu erreichen. Dazu gehört die gründliche und auch selbstkritische Auswertung unserer Defizite parlamentarischer und Regierungswirksamkeit ebenso wie die Auseinandersetzung mit dem Wechselverhältnis zwischen Partei und Bewegungen.
2. Der auf dem PDS-Parteitag in Gera inszenierte Konflikt zwischen den vermeintlich bestehenden Richtungen „Gestalten um jeden Preis oder alternativer Gestaltungsanspruch“ bzw. „sozialdemokratischer Ostpartei oder bundesweiter Linkspartei“ ist eine Chimäre. Die PDS steht vor der Aufgabe, ihren Begriff der „gestaltenden bzw. gesellschaftlichen Opposition“ inhaltlich untersetzen zu müssen. Es wäre fatal wenn sie dabei genauso versagt wie die sozialdemokratische Linke bei ihrem Versuch, den in der ersten Hälfte der 70er Jahre populären Begriff der „systemüberwindenden Reformen“ praktisch-politisch zu fassen.

<sup>12</sup> Oberndörfer/Mielke/Eith, (FN 6), ebd.

<sup>13</sup> Michael Chrapa, Interne Konfliktpotentiale und Modernisierungschancen der PDS: Situation, Anforderung, Optionen, in: Michael Brie/Rudolf Woderich, Die PDS im Parteiensystem, Berlin 2000, S. 226f.

Die innerparteiliche Auseinandersetzung in der PDS verlief öffentlichkeits- und medienwirksam in den vergangenen Jahren anhand der Kontroverse Reformer vs. Traditionalisten/Dogmatiker. Während dieser Konflikt in den östlichen Landesverbänden auf der Landesebene nach und nach abnahm und sich auf die Bundesebene verschob, begleitet er die westlichen Landesverbände kontinuierlich und mit wechselnden Mehrheiten.

Der Austragungsort dieser Konflikte war in der Regel die parteinahe Tageszeitung „Neues Deutschland“ – dort vor allem die Leserbriefspalten – sowie die PDS-Parteitage. Ihrer Form nach handelt es sich um binnenfixierte und ideologische Debatten über die Frage, ob und wie man sich gesellschaftlichen Realitäten zuwenden soll - ohne die sich gesellschaftlich vollziehenden Veränderungen selbst aufzugreifen.<sup>14</sup>

Inszeniert wurden und werden die Auseinandersetzungen durch den linksdogmatischen Flügel als Verdachtskampagnen gegen vermutete Abweichungen von vermeintlichen oder auch in der PDS real akzeptierten sogenannten Grundkonsensen.

Der Reformerführung um Gysi/Bisky/Brie/Vietze, die die SED in die PDS transformierte, gelang es, insbesondere nach ihrem persönlichen Einsatz gegen die drohende finanzielle Zerstörung der PDS (Hungerstreik), in der zweiten Hälfte der 90er Jahre stabile Mehrheiten für den Reformkurs und gegen den linksdogmatischen Flügel zu realisieren. Die machtpolitischen Grenzen für diese Mehrheiten lagen jedoch seit dem Januarparteitag 1995 und dem dortigen Ultimatum gegen die populäre Vertreterin der Kommunistischen Plattform in der PDS, Sahra Wagenknecht sowie mit dem Parteitag in Münster 2000 auf dem Tisch. Diese Grenzen sollen nachfolgend analysiert werden, um den neuen Charakter der innerparteilichen Auseinandersetzung (Krise des Reformlagers) und die veränderte Rolle der Linksdogmatiker, von handelnden Akteuren zu als Mehrheitsbeschaffer reagierenden Akteuren, deutlich zu machen.

Auf dem Januarparteitag 1995 konnte sich die Führung um Gysi zwar durchsetzen, doch sie verlor an Integrität und provozierte den im Mai 1995 inszenierten Aufstand der linksdogmatischen in der PDS verbliebenen ehemaligen DDR-Elite gegen die undogmatischen West-Linken und die taktierenden Reformer.<sup>15</sup> Mit dem Aufruf „In großer Sorge“ kämpften die AutorInnen um die Diskurshegemonie beim Brückenschluss zwischen „ostdeutsch“ und „sozialistisch“ durch Rückgriff auf einen der DDR entlehnten Sozialismusbegriff. Nach Falkner ging es 1995 um die Deutungsmacht darüber, „was die PDS ausmacht und was sie zu leisten hat“. Die AutorInnen konnten sich in der Diskussion nicht durchsetzen, zogen sich in die innere Emigration zurück oder verließen die Partei – um an anderer Stelle, z.B. in der sich gerade gespaltenen >Jungen Welt<, ihrem publizistischen Lieblingsthema „Die PDS und ihr verheerender Reformkurs“ zu frönen.

Der Parteitag in Münster im Jahre 2000 und seine Resultate sind einem ganzen Bündel von Fehlern geschuldet. Seit dem Rücktritt Lafontaines aus dem ersten rot-grünen Bundeskabinett und der Stabilisierung der Regierung Schröder wurde deutlich, dass unter dem Leitbild des >aktivierenden Staates< eine sozialdemokratisch geprägte Phase des Neoliberalismus und dominanter Austeritätspolitik einsetzte. Die Option eines Mitte-Links-Blocks für sozial-ökologischen Umbau und Frieden hätte vor diesem Hintergrund neu diskutiert werden und inhaltlich sowie bezogen auf ihre Träger neu bestimmt werden müssen. Dies geschah nicht, zugleich wurde jedoch über die Koalitionsfähigkeit 2002 spekuliert. Dass Ansprüche und politisches Koordinatensystem in ein Missverhältnis gerieten, wurde in der Basis jedoch durchaus registriert. Rot-grün und PDS entfernten sich wahrnehmbar, womit auch die 1998 ohne größere innerparteiliche Debatte akzeptierte Losung „An unseren Stimmen wird ein rot-grüner Regierungswechsel nicht scheitern“, in nachträglichen Legitimierungsdruck geriet. Durch den Parteivorstand wurde dieses Missverhältnis nicht thematisiert – die Grundlage für Verdacht, fehlendes Vertrauen, wurde hier gelegt.

Der Nato-Krieg gegen Jugoslawien verdeckte dieses Missverhältnis durch die geschlossene Abwehrhaltung der PDS und die besondere Rolle, die sie sowohl als Antikriegspartei als auch durch ihre Sonderrolle als ehemalige DDR-Staatspartei (Gysi trifft Milosevic um ein Einlenken zu erreichen, doch umsonst) wahrnahm. Die Tünche hielt jedoch nicht lange und gerade vor dem Hintergrund des Jugoslawienkrieges sowie des sich quasi anschließenden Kosovo-Krieges hätte die Notwendigkeit bestanden, die sich abzeichnenden neuen Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik im Kompetenzzentrum Bundestagsfraktion zu bearbeiten und in der Partei zu diskutieren. Statt dessen tauchte das Thema als „Einzelfallprüfung von UN-Einsätzen“ auf dem Parteitag in Münster wieder auf. Dem damaligen Parteivorstand gelang es nicht, diese Vertrauenskrise der Basis ihm gegenüber und seine Fehleinschätzung der Stimmung in der Basis zu identifizieren und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen.<sup>16</sup>

So traten in der Friedensdebatte von Münster verschiedene Komponenten hervor:

- Ein großer Teil der Mitgliedschaft interpretierte die Position des PV zu UN-Einsätzen als ein Abgehen von konsequenter Opposition nach dem Beispiel des Bielefelder Parteitages der Grünen. Eine tief emotional verankerte radikal-pazifistische Haltung wurde damit berührt und entsprechend beantwortet.
- Der real vorhandene Verdacht der Abweichung vom pazifistischen Konsens in der Partei wurde von linksdogmatischen Interessengruppen als Bestätigung für Verdachtskampagnen auch auf anderen Themenfeldern genutzt.

<sup>14</sup> Vgl. Thomas Falkner, Parteienidentität zwischen Fremdzuweisung und Selbstintention, in: Brie/Woderich, a.a.O., S. 234

<sup>15</sup> Vgl. Falkner, a.a.O., ebd.

<sup>16</sup> Vgl. Autorengruppe, Zur Be- und Auswertung des Münsteraner Parteitages, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2000, S. 9f.

- Den taktierenden und in der Friedensfrage auf ‚alles oder nichts‘ setzenden Reformern sollte ein ‚Denkzettel‘ verpasst werden.

Die Krise des Reformerslagers in Form einer Krise ihres Politikmodus wurde überdeutlich manifest und endete mit dem Rückzug der Reformgruppe Gysi/Bisky/Brie.

In der Folge dieses Parteitages wurden die Probleme, die zur Krise von Münster geführt haben, nicht bearbeitet. So wurde der Beschluss von Münster zu einem Grundkonsens und damit innerparteilichen Gesetz stilisiert, gegen das all diejenigen verstoßen, die sich der bislang ungelöst gebliebenen Aufgabe widmen, die neuen Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik zu debattieren.

Doch auch eine weitere Rahmenbedingung des Münsteraner Parteitages blieb ungelöst: Der Münsteraner Parteitag wurde mit geformt durch die ernste Frage welchen Preis die PDS für Beteiligungen an Regierungsverantwortung – zum damaligen Zeitpunkt nach einem Jahr rot-rot in Mecklenburg-Vorpommern und sechs Jahren Tolerierung in Sachsen-Anhalt - zu zahlen hat und zu zahlen bereit ist. Wie im kommenden Abschnitt gezeigt werden wird, blieb diese Frage ungelöst – und ist mitverantwortlich für die Ergebnisse der Bundestagswahl und des Geraer Parteitages.

In dieser Auseinandersetzung wird ein spannender Bedeutungsverlust der Linksdogmatiker deutlich. Die Hauptlinie Linksdogmatiker versus Reformers war in Münster nur in der Interpretation der Medien, nicht jedoch real dominant. Der linksdogmatische Flügel reagierten nur noch auf die Erosion des Reformerslagers und trug, als lachender Dritter, zur Mehrheitsbildung bei – ein Resultat, wie es analog bei den Entscheidungen in Gera zu betrachten war. Gleichwohl nehmen die Linksdogmatiker eine wichtige Funktion wahr, die ihnen das Reformerslager nicht überlassen darf: Die PDS befindet sich strukturell in einem Wandel von einer Mitgliederpartei, deren Mitgliedschaft die PDS vielfach als politische Heimat und Rückzugsort – gerade aufgrund der rasanten Veränderungen um sie herum – verstehen, hin zu einer Funktions- und Wahlpartei. Dieser Wandel wird interessiert, aber auch misstrauisch begleitet. Die Führungsgremien der Partei und die Fraktionen haben es in der Vergangenheit versäumt, eine kontinuierliche Kommunikation über diesen Wandel, veränderte Anforderungen an Mitglieder und von Mitgliedern zu garantieren. Auch hier entstand Misstrauen, dass durch die Linksdogmatiker aufgefangen und konservativ kanalisiert wird. Dies führt zu der u.a. von Christian von Ditfurth vertretenen These, dass die Basis dem Reformerskurs nur solange tolerierend gegenüber stand, wie sie dafür Wahlerfolge garantiert bekam. Bleiben die Wahlerfolge aus, wird die Parteimodernisierung ablehnend verantwortlich gemacht.

Auf dem Parteitag in Cottbus sollte die identifizierte Führungskrise durch einen Wechsel der Führungspersonlichkeiten gelöst werden. Aus heutiger Sicht ist deutlich, dass bereits beim Singen des Liedes „Für Gabi tu ich alles“ am Sonntag des Cottbuser Parteitages, eine Fortsetzung der Führungskrise erwartbar war. Dies liegt gerade nicht in erster Linie an den gewählten Mitgliedern des Parteivorstandes, sondern daran, dass die am Beispiel des Münsteraner Parteitages exemplifizierte Führungskrise ein strukturelles Problem von herrschender PDS-Politik darstellt, deren Ursachen und Erscheinungsformen im Papier „Die PDS und die Bundestagswahl vom 22. September 2002“ vom Autor ausführlich beschrieben wurden.

Mit diesem strukturellen Problem lässt sich jedoch nur die defizitäre Arbeit des Parteivorstandes beschreiben. Die inhaltliche Differenz im Reformerslager bleibt ungeklärt. Hierzu muss auf das oben bereits angeführte Theorem von Chrapa zurückgegriffen werden.

Wie bereits dargestellt konzediert dieser ein Zerteilung des Reformerslagers:

- a.) Die Gruppe der „Kompetenzorientierten Modernisierer“ (KM) verortet sich im parlamentarischen Umfeld und orientiert insbesondere auf erweiterte parlamentarische Einflussmöglichkeiten bzw. deren Nutzung mit Blick auf erhöhte Positionsmacht.<sup>17</sup> Aus dieser Gruppe heraus wird vor allem die Professionalität bei politischer Verantwortung und die konzeptionell-strategische Untersetzung von Politik-Projekten thematisiert. Dafür stehen selbstredend diejenigen Akteure in Fraktionen und Partei, die sich bewusst für Regierungsverantwortung entschieden haben oder diese anstreben und auf diese Professionalität und Konzeptionen angewiesen sind.
- b.) Die Gruppe der „Bewegungs- und wertorientierten Modernisierer“ (BWM). Nach Chrapa sind die BWM deutlich weniger homogen als die KM und orientieren auf eine verstärkte zivilgesellschaftlich-außerparlamentarische Ausrichtung der Partei.<sup>18</sup>

Legt man dieses Schema idealtypisch auf die in Gera zu Tage getretenen Differenzen zwischen den zwei Reformerslagern und lässt damit all diejenigen Konflikte außer Acht, die nur mit den Instrumenten der politischen Psychologie zu erklären sind, dann eröffnet sich damit ein Spannungsfeld reformpolitischer Auseinandersetzung, dass nicht unüberbrückbar ist. Vorausgesetzt es wird von demagogischen Stigmatisierungen abgesehen, in denen „Opportunismus“, „sozialdemokratische Ostpartei“ und „Prinzipienlosigkeit“ die politischen Koordinaten bilden. Im Kern geht es, wird diese Analyse akzeptiert, um die bis heute ungelöste Klärung der mit den 5-Thesen auf dem Bundesparteitag 1995 aufgestellten nachfolgenden Behauptung in These 2:

<sup>17</sup> Chrapa, a.a.O., S. 226

<sup>18</sup> Chrapa, a.a.O., S. 226f.

*„Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS“.*

Hinzu tritt die Verständigung über den Charakter der PDS als ‚Projekt‘, ‚Bewegungspartei‘ oder ‚Wahl- und Mitgliederpartei‘.

## **Die Macht der Opposition und die Ohnmacht der Regierung**

In der zugespitzten Debatte im Vorfeld und auf dem Geraer Parteitag sorgte die begriffliche Kombination „Formelkompromiss“ und „gesellschaftliche Opposition“ für heftige Reaktionen bei denjenigen, die sich gegen die Politik des Berliner Landesverbandes wandten und auch bei moderaten Akteuren für Unbehagen. Damit die folgenden Aussagen in ihrem Kern diskutierbar und nicht auf Verdachtsebene interpretierbar sind, wird zuerst eine nochmalige Erläuterung der Kritik des Formelkompromisses vorgenommen um sich dann der eigentlich spannenden Frage, dem Verhältnis von gesellschaftlicher Opposition zur Regierungsmacht im bürgerlichen Staat zu stellen.

In der Debatte um die Ursachen der Bundestagswahl Niederlage wurde die innerparteiliche Debatte als ritualisiert, binnenfixiert und ideologisiert beschrieben. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass seit Mitte der 90er Jahre in der PDS ein immer wiederkehrendes Ritual dominierte: Vor jedem Parteitag erklärten die Exponenten der wiederstreitenden Richtungen ihre Position in Grundsatzanträgen. Die Themen dieser Grundsatzanträge waren PDS-„Evergreens“, die mit gesellschaftlich diskutierten Problemfeldern häufig nicht allzu viel zu tun hatten. Die Medien interpretierten dies ebenso ritualisiert als Konflikt an dem die Partei zu zerbrechen drohe. Um den Medien und der eigenen Mitgliedschaft zu beweisen, dass ein Auseinanderbrechen der PDS nicht zu erwarten sei, wurde auf den betreffenden Parteitagen in der Regel letztlich ein lauer Kompromiss gefunden, in dem sich mindestens eine breite Parteitagmehrheit wiederfinden konnte. Dem Charakter nach waren diese Beschlüsse Formelkompromisse, weil mit ihnen keine Entscheidung über ein politisches Problem getroffen wurde, sondern weil sie ihre Funktion dann erfüllt hatten, wenn der Parteitag nach außen Geschlossenheit präsentierte. Im Anschluss an den Parteitag wurden die mit dem Formelkompromiss verdeckten Auseinandersetzungen mit unverminderter Heftigkeit, in diesem Fall um die Interpretationshoheit des Formelkompromisses selbst weitergeführt. An dieser Interpretation beteiligte sich in der Vergangenheit interessanterweise selbst derjenige Teil der linksdogmatischen Kräfte, die den Formelkompromiss auf dem Parteitag noch abgelehnt hatte. Die konservative Rolle dieser Kräfte bestand für gewöhnlich darin, den getroffenen Kompromiss gegen jede Veränderung durch die Reformer zu verteidigen. Damit diese künstlich inszenierte „Geschlossenheit“ auch gewahrt bleibt, wurden die zur Konfliktreduzierung geschaffenen Formelkompromisse zu „Grundkonsensen“ stilisiert.

An diese Analyse sind nun zwei klärende Bemerkungen anzuschließen. Erstens sind nicht alle Entscheidungen der PDS Formelkompromisse und selbstverständlich bestehen in der PDS Grundkonsense, die keine Formelkompromisse sind. Das Verständnis der PDS als antistalinistische und als Friedenspartei gehören zweifellos zu letztgenannten Grundkonsensen. Die Folgen eines leichtfertigen Umgangs mit ihnen ist bereits am Beispiel Münster aufgezeigt worden. Zweitens kann es selbst bei Formelkompromissen vorkommen, dass sie gelungene und strategisch weisende Formulierungen besitzen. Dazu gehört z.B. die Aussage des Bundestagswahlprogramms 2002 „Opposition gegen diese Regierungspolitik“ zu sein. Entscheidend ist jedoch die Wirkung, die ein solcher Beschluss entfaltet. Wenn trotz dieses Beschlusses in der Partei über Koalieren und Opponieren gestritten wird – zumal im Wahlkampf, kann dies entweder Merkmal für fehlende Beschlussdisziplin in der PDS sein (derzeit dominante Lesart) oder Ausdruck von fehlender Klärung der mit dem Beschluss verbundenen Intention.

Es ist bereits deutlich gemacht worden, dass der Autor die in Gera inszenierte neue Trennungslinie zwischen „Gestalten um jeden Preis oder alternativer Gestaltungsanspruch“ für einen machtpolitischen Pappkameraden hält, der die Gräben zwischen den Reformern vertieft statt sie zu überbrücken. Auf diesem Wege ist eine konzeptionell-strategische Klärung des Anspruchs „gesellschaftliche Opposition“ und Regierungsakteur zugleich sein zu wollen, nicht zu erreichen.

Mitte der 90er Jahre fand im PDS-Mitgliedermagazin ‚Disput‘ eine intensive Diskussion um den Zusammenhang zwischen Regierungspolitik einerseits und gesellschaftlicher Oppositionspolitik andererseits stattgefunden. Hintergrund waren die 1994 begonnene Tolerierung von rot-grün in Sachsen-Anhalt und die 5-Thesen des 1995er Parteitages. Der Nachfolger Gregor Gysis in der Berliner Landesregierung, Harald Wolf, brachte sich in diese Diskussion als damaliger Berliner Fraktionsvorsitzender mit einem eigenen Beitrag<sup>19</sup> ein. In diesem Beitrag warf Wolf den Autoren der 5-Thesen vor, dass diese ungeklärt ließen, wie die Ausübung bürgerlicher Staatsgewalt und zugleich die Aufrechterhaltung einer auf die Überwindung kapitalistischer Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse zielenden gesellschaftlichen Opposition zusammengehen soll. *„Denn ob eine linkssozialistische Partei in der Regierung weiter als gesellschaftliche Opposition agieren kann, hängt nicht vom ‚guten Willen‘ und den besten Absichten ihrer AktivistInnen ab, nicht davon ob nach sich weiter als ‚systemoppositionell‘ versteht (so die 5 The-*

<sup>19</sup> Harald Wolf: ders, Über die Macht der Opposition und die Ohnmacht der Regierung, Disput Heft 9/1995, S. 9ff.

sen) sondern davon, ob sie es in ihrem politischen Handeln als Regierungspartei tatsächlich ist und sein kann. [...] ‚Der Staat ist kein Fahrrad, auf das man sich einfach setzen und in beliebiger Richtung losradeln kann‘, formulierte die frühere grüne Bundessprecherin Verena Krieger einmal treffend<sup>20</sup>.

Solange eine Partei nicht die politisch-gesellschaftliche Kraft entfalten kann, eine so grundlegende Veränderung der Staatsapparate einzuleiten, dass diese Veränderung letztlich systemtransformierende Kraft in Bezug auf die Struktur und Funktionsweise des bürgerlichen Staates entfaltet, werden die Logik staatlicher Institutionen, die Zwänge der Kapitalverwertung, die durch den Staat zu garantieren ist, und die Mechanismen der Regierungsbeziehung stärker sein als alle guten Absichten bzw. Vorhaben der linken MinisterInnen und ihrer Fraktions- und Parteiapparate. *„Die Erfordernisse und ‚Sachzwänge‘ der Regierungsbeteiligung geraten so systematisch in Widerspruch zu den zuvor vertretenen Zielen gesellschaftlicher Opposition, die dem weiteren Verbleib in der Regierung geopfert wurden.“*<sup>21</sup>

Auf dieses Dilemma fehlender gesellschaftlicher Mehrheiten für eine grundlegende Transformation des bürgerlichen Staates mit einem strikten Verzicht auf Regierungsbeteiligungen zu reagieren ignoriert nach Wolf einen wesentlichen Mechanismus des bürgerlichen parlamentarischen Parteiensystems. Denn bei Wahlen wird nicht darüber entschieden, welche konkreten Inhalte im einzelnen das künftige Regierungshandeln bestimmen, sondern welcher Parteien(block) künftig regieren soll. Hier greift nun die Logik des ‚kleineren Übels‘ – im Zweifelsfalle werden auch bei großen Teilen der PDS-WählerInnenschaft das Festhalten an ihren inhaltlichen, gegenüber der SPD nicht durchsetzbaren Forderungen, der Entscheidung für eine Regierungsvariante untergeordnet, die ihrem Interesse am wenigsten schädlich erscheint – spricht der Entscheidung für eine sozialdemokratisch geführte Regierung. Würde die PDS in einer Koalition oder in Koalitionsverhandlungen mit der Sozialdemokratie fehlende inhaltliche Übereinstimmung zum Anlass nehmen, eine sozialdemokratisch geführte Regierung zu verhindern oder zu stürzen, so würde ihr in den Augen eines großen Teils der WählerInnen die Verantwortung zufallen, dass eine noch schlechtere Variante der Regierungspolitik zustande käme

Für Wolf folgt aus dieser diffizilen Gemengelage, die ausgetreten Pfade herkömmlicher parlamentarischer Politik und Regierungsbildung durch Parteienkoalitionen zu verlassen. Diesen Weg glaubte er in dem Modell der Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung, ohne ultimative Vorbedingungen und einschließlich der Bewilligung ihres Haushaltes – also des in Zahlen gegossenen Regierungsprogramms – gefunden zu haben. Ein nicht hinreichender Weg für die reale Entwicklung der PDS, wie sich heute zeigt, denn in allen anderen Ländern in denen ein entsprechender politischer Einfluss der PDS denkbar wäre und auch beim theoretischen Modell auf Bundesebene würde dem Modell einer Tolerierung die direkte Regierungsbeteiligung vorgezogen werden.

Der Hintergrund dessen ist von Wolf signifikant unterschätzt worden. Die Bereitschaft des damaligen sachsen-anhaltinischen Ministerpräsidenten Höppner (SPD), trotz der durch den SPD-Parteivorstand angeordneten „Koalitionsunfähigkeit der PDS“, das Tolerierungsmodell fortzusetzen, kann nicht auf andere Länder und auf eine Zeit der Regierungsfähigkeit der PDS übertragen werden. In einer solchen Situation stellt sich für die SPD als ebenso zweckrationalen Akteur die Frage nach der Stabilität des zwischen SPD und PDS eingegangenen Bündnisses in neuem Kontext. Die Koalitionsforschung definiert als Kriterium für die Regierungsfähigkeit von politischen Bündnissen weniger die absolute Mehrheit als vielmehr die Fähigkeit, Misstrauensvoten im Parlament erfolgreich überstehen zu können.<sup>22</sup> Dafür wird ein Koalitionspartner benötigt, der ein eigenes Interesse an der Abweisung eines Misstrauensvotums hat. An der Berliner PDS lässt sich für die Jahre 2001/2002 nachweisen, dass sie vor der Entscheidung stand, eine Koalition mit der SPD einzugehen oder wiederum eine schlechtere Regierungsalternative zu ermöglichen.<sup>23</sup> Dass die Entscheidung in diesem Falle nicht bei der PDS sondern bei der SPD lag, ist von Wolf bereits 1995 – ohne es zu wollen – ausführlich begründet worden.

Die auch in Gera und mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen in MVP häufig geäußerte Vorstellung, man könnte einer Unterordnung unter sozialdemokratische Regierungspolitik dadurch entgehen, dass man entweder die eigenen Vorstellungen durch hartes Verhandeln im Koalitionsvertrag etabliert, oder – falls sich dies als unmöglich erweist, die Koalition erst gar nicht eingehen oder beenden, muss bedauerlicherweise ebenfalls als Irrtum eingeschätzt werden. Dieser Haltung liegt eine doppelte Überschätzung der eigenen Möglichkeiten zugrunde: zum einen der Glaube, man könne die mangelnde gesellschaftliche Unterstützung für das eigene Programm durch entsprechendes ‚Verhandlungsgeschick‘ und politisches Wuchern mit der Rolle als notwendiger Mehrheitsbeschafferin in Spitzengesprächen mit der Sozialdemokratie kompensieren; zum anderen der Irrglaube, dass in Koalitionsverhandlungen die Freiheit der PDS, diese für gescheitert zu erklären, nicht gravierend eingeschränkt sei.<sup>24</sup>

Da die von Wolf und anderen erhoffte Beantwortung der Frage zwischen gesellschaftlicher Opposition und Regierungsmacht über den Notausgang Tolerierung, wie gezeigt wurde, nicht zu erreichen ist und ein anderer Weg bislang nicht aufgezeigt wurde, harret die Frage, wie „gesellschaftliche Opposition“ einerseits und praktisches Regierungshandeln andererseits aufeinander bezogen werden können, für die PDS immer noch der Lösung.

<sup>20</sup> Wolf, a.a.O., S. 9

<sup>21</sup> Wolf, a.a.O., S. 10

<sup>22</sup> Sabine Kropp/Roland Sturm, Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen, Opladen 1998, S. 77

<sup>23</sup> Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff, Vom Tabubruch zum Politikwechsel? Rot-rote Perspektiven in der Bundeshauptstadt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2002, S. 304-314

<sup>24</sup> Wolf, a.a.O., S. 11

## Dilemmata und Perspektiven der PDS-Regierungsbeteiligungen

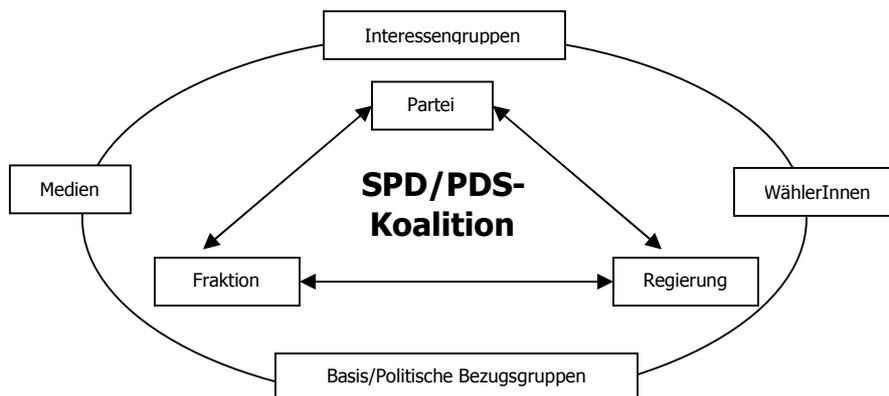
Die Regierungspolitik der PDS hat die Debatte auf dem Geraer Parteitag wesentlich bestimmt. Wurde am Vorabend des Parteitages noch die Auffassung vertreten, dass vermutlich weniger über Inhalte als über Personen geredet werden würde, stellte es sich Verlaufe des Parteitages so dar, als ob weder über Inhalte oder über Personen geredet, sondern vielmehr über an Landesregierungen beteiligte Landesverbände abgestimmt würde. Umstritten war dabei insbesondere die folgende Passage der Rede der Parteivorsitzenden Gabi Zimmer:

*„Aber: Bedingungslose Regierungsbeteiligung, bedingungsloses Tolerieren, Zustimmung um jeden Preis - das ist Opportunismus! Die einseitig geführte Diskussion um den Gestaltungsanspruch sozialistischer Politik hat uns davon abgelenkt, dass wir uns mit dem Opportunismus-Problem auseinandersetzen müssen. Und auch hier möchte ich nicht missverstanden werden: Es geht nicht um ideologischen Opportunismus, sondern um ein Verhalten, eine Art und Weise, wie wir Politik machen. Lange Zeit waren wir der Meinung, dass die Unterteilung der PDS in Traditionalisten, Fundamentalisten, Dogmatiker auf der einen Seite und den Reformern auf der anderen Seite den Hauptkonflikt der PDS kennzeichnet. Dabei habe ich, genau wie viele andere, aber ich besonders natürlich, auch übersehen, dass ein ganz anderer für die Entwicklung der PDS wesentlicher Konflikt seit mindestens zwei Jahren in der Partei schwelt, ohne dass wir ihn ausgetragen haben: Die Auseinandersetzung zwischen dem Gestalten um jeden Preis und dem alternativen Gestaltungsanspruch. Als ob es in der PDS - irgend jemand hat es vor kurzem in der Diskussion so gesagt - um eine Debatte zwischen Reformern und Reformisten ginge. Kann ich auch nicht allzu viel mit anfangen, aber na ja! Die PDS erscheint heute viel zu vielen als eine Partei, mit der man alles machen kann, außer Kriege führen. Und das ist nicht von ungefähr. [...]“*

Diese Passage war eingebettet in eine Rede, die sich durchaus auch positiv auf Regierungsbeteiligungen der PDS bezog. Diese Ambivalenzen wurden jedoch durch die an der genannten Passage aufbrechenden Kontroverse und dem bekannten Ablauf des Parteitages verdeckt und waren auch wieder nicht geeignet, die im vorhergehenden Abschnitte ausführliche betrachtete Frage nach Regieren und gesellschaftlicher Opposition einer Lösung zuzuführen.

Der Ablauf des Parteitages hat jedoch noch einmal verdeutlicht, dass innerhalb der PDS neben der Klärung nach dem Wechselverhältnis von Regierung und Opposition eine Debatte darüber stattfinden muss, wie wir regieren wollen, welchen Preis wir für eine Regierungsbeteiligung zu zahlen bereit sind und vor allem, wie wir mit den strukturellen Zwängen der Regierungsarbeit umgehen wollen.

Diese Diskussion muss insbesondere in den regierungsbeteiligten Landesverbänden, aber eben auch in der gesamten Partei geführt werden. Erste, sehr kritische, Debatten, die bereits vor der Sommerpause in der Berliner Fraktion und der Berliner PDS geführt wurden, haben deutlich gemacht, dass sich die Koalitionsakteure in einem „Magischen Dreieck des gesamtpolitischen Gleichgewichts“ befinden.



Das Dreieck, bestehend aus den Institutionen Partei, Fraktion und Senat, ist deshalb „magisch“, weil nicht alle drei Institutionen immer gleichzeitig zufriedengestellt werden können und sie eigenen Logiken folgen, über spezifische Instrumente und Zielgruppen verfügen und deshalb möglicherweise auch jeweils eigene Bewertungsmaßstäbe von Erfolg und Misserfolg aufstellen. Auf dieses Dreieck wirken Akteure (Medien, WählerInnen, Basis/Politische Bezugsgruppen, Interessengruppen), deren Einfluss auf die Akteure in dem Dreieck, die Funktionsweise des Dreiecks selbst berührt. Es ist der PDS in den vergangenen vier Jahren ihrer Regierungspolitik zuerst in Mecklenburg-Vorpommern und seit Anfang des Jahres auch in Berlin nicht gelungen, dieses gesamtpolitische Gleichgewicht herzustellen. Dazu zählen, für Berlin, Fehler in politischen Entscheidungen sowie schwere Defizite bei der Vermittlung von als notwendig und/oder richtig bewerteten und in der Regel mit der Zustimmung fast aller PDS-Abgeordneten abgestimmten Entscheidungen. Zu letzterer zählt die Risikoabschirmung der Bankgesell-

schaft. Diese Entscheidung ist, nach harten Auseinandersetzungen bei einer Gegenstimme mit der Zustimmung aller Berliner PDS-Abgeordneten getroffen worden. Gleichzeitig setzten sich die Fraktionsmitglieder mit Vehemenz im Untersuchungsausschuss Bankgesellschaft und die Senatsmitglieder für eine radikale Aufklärung, die Absetzung von Aufsichtsratsmitgliedern der Bankgesellschaft (12 von 14), den Entzug von Privilegien (Bankmanager müssen Bankgesellschaftsvillen räumen), die strafrechtliche Aufklärung (über 100 Ermittlungsverfahren, Hausdurchsuchungen) und die private Haftung für Fehlverhalten in der Bank ein. Ganz offensichtlich ist es jedoch nicht gelungen, diese Arbeit und diese Ergebnisse transparent zu machen und sich in geeigneter Weise deutlich zu machen, dass trotz Zusammenarbeit mit Attac und anderen Gruppen, die Position der von Prof. Grottian und der Initiative Bankgesellschaft in einer Reihe von Punkten nicht geteilt wird. Dass dies möglich ist, wurde in der betreffenden Abstimmung auf dem Bundesparteitag jedoch deutlich.

Gleichwohl stehen die rot-roten Koalitionen vor einem Problem: Sowohl die rot-grüne Bundesregierung als auch die rot-rote Regierung in Mecklenburg-Vorpommern sind 1998 mit dem Anspruch eines „Politikwechsels“ angetreten und wurden an diesem Anspruch gemessen. Standen auf Bundesebene die Bildungspolitik sowie der ökologische Umbau, insbesondere der Atomausstieg im Mittelpunkt der Aussage „nicht alles anders aber vieles besser machen zu wollen“, sollte in Mecklenburg-Vorpommern der „Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor“ zum Symbol einer neuen Beschäftigungspolitik werden. Der 1998 formulierte Anspruch an einen Politikwechsel umfasste dabei normativ mehr als den Wechsel der politischen Prioritäten. Intendiert war vielmehr die Suche nach neuen Entwicklungspfaden in einer durch tiefgreifende Veränderungen geprägten Gesellschaft (Stichwort: Globalisierung) jenseits neoliberaler Marktlogik aber auch vor dem Hintergrund, dass traditionelle „linke“ Konzepte an praktischer Wirksamkeit verloren haben.<sup>25</sup>

Auch die rot-rote Koalition in Berlin ist mit dieser Anforderung an einen Politikwechsel konfrontiert, der sowohl von außen als auch von innen an die Koalitionsakteure herangetragen wird. Stärker als die seit 1990 ununterbrochen in einer Großen Koalition regierende SPD steht dabei die PDS im Mittelpunkt von Kritik und Hoffnung. Sieht man von den grundsätzlich beschränkten Möglichkeiten der Länder zur eigenständigen Reformpolitik im kooperativen Föderalismus ab, sind die Rahmenbedingungen für einen materiellen Politikwechsel in Berlin verheerend schlecht. Mehr als wahrscheinlich ist – vor allem mit Blick auf den Koalitionspartner – dass bereits die Einleitung spürbarer Reformschritte durch die PDS erhebliche Kraft kosten wird.

Die Perspektive einer Konsolidierung der Finanzen aus eigener Kraft ist spätestens mit der Bankenkrise obsolet geworden. Umstritten ist nicht mehr die Benennung der haushaltspolitischen Notlage sondern der Zeitpunkt wann dies geschieht. Die Stadt ist mit mehr als 40 Milliarden EUR verschuldet – Tendenz steigend. Sie verfügt über jährliche Steuereinnahmen von 8 Mrd. EUR, von denen allein 4 Mrd. EUR für die Personalkosten des Öffentlichen Dienstes ausgegeben werden. Die Steuerreform der Bundesregierung und die Reform des Länderfinanzausgleiches werden weitere Mindereinnahmen bringen, das veräußerbare Vermögen ist bis 2004 aufgebraucht. Mit dem Ende der gegenwärtigen EU-Förderperiode und der Osterweiterung wird Berlin seinen gegenwärtigen Förderstatus verlieren. Die geplanten ursprünglichen großen Schritte zur Absenkung der Nettoneuverschuldung bis 2009 stehen in den Sternen. Berlin droht damit in seiner finanzpolitischen Handlungsfähigkeit endgültig durch eine wieder schneller anwachsende Verschuldung und den daraus resultierenden jährlich wachsenden Zinslasten erdrosselt zu werden.

Dabei ist die Haushaltskrise wiederum nur Ausdruck der eklatanten Strukturkrise der Berliner Wirtschaft. Die Hoffnungen auf ein rasches Wachstums zur Dienstleistungsmetropole hat sich zerschlagen. Auch der mit dem Umzug von Regierung und Parlament verbundene Aufschwung kann darüber nicht hinwegtäuschen. Es fehlt eine neue produktive Basis in der Stadt. Statt dessen verschärfen sich die seit Jahren feststellbaren Tendenzen einer wachsenden sozialen Polarisierung in der Stadt. Doch eine „kohärente Strategie zur Rekonstruktion regionaler wirtschaftlicher Kreisläufe, zur wirtschaftlichen Stabilisierung in der Stadt ist gegenwärtig bei keiner politischen Formation erkennbar“<sup>26</sup> konstatieren Freundl/Wolf. Eine Analyse, der zugestimmt werden muss.

Worin bestehen nun die Kriterien für Reformpolitik unter den Bedingungen leerer Kassen und wirtschaftlichem Nullwachstum? Laut Freundl/Wolf wesentlich davon, ob sich eine rot-rote Koalition „auf drei, vier zentrale Reformvorhaben verständigen kann, für die nicht nur im Parlament eine arithmetische Mehrheit existiert, sondern um die herum sich gesellschaftliche Mehrheiten und Akzeptanz der Regierungspolitik organisieren lassen. Gelingt es, sich auf solche Reformvorhaben als Kernbestand und Essenz einer gemeinsamen Regierungspolitik zu verständigen, dann sind auch Abstriche, Kompromisse, Konflikte in anderen Bereichen verkraftbar und politisch vermittelbar“<sup>27</sup>.

Wenn die im vorliegenden Beitrag vorgenommene Einschätzung zutrifft, dass die PDS bei den Bundestagswahlen 2002 an mangelndem strategischem inhaltlichen Gebrauchtwert gescheitert ist, dann ist mit diesen Ausführungen die Aufgabe der PDS in den kommenden Jahren beschrieben: Nur dann wenn es ihr gelingt, überzeugende Reformvorschläge für die drängenden gesellschaftlichen Fragestellungen zu entwickeln und mit der ihr zugespro-

<sup>25</sup> Frank Berg/Thomas Koch, Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Die SPD-PDS-Koalition fünfzehn Monate nach ihrem Amtsantritt, Berlin 2000, S. 8.

<sup>26</sup> Carola Freundl/Harald Wolf, Vor der Kür kommt die Pflicht. Arbeitspapier zu den politischen Aufgaben der PDS-Fraktion bis 2004, Berlin 2001, [http://www.pds-berlin.de/politik/dok/pds\\_2004.html](http://www.pds-berlin.de/politik/dok/pds_2004.html).

<sup>27</sup> Freundl/Wolf, a.a.O.

chenen Kompetenz für soziale Gerechtigkeit zu verbinden, wird sie politische Anerkennung wiedergewinnen bzw. vielfach erstmals erlangen. Gelingt ihr dies nicht, könnte das Ende der Nachwendezeit möglicherweise wirklich synonym für das Ende der PDS als gesamtdeutsche Linkspartei stehen.

\* \* \*

Der Autor ist Sozialwissenschaftler sowie wirtschafts- und wissenschaftspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.